

Protokoll

Gremium: Kreistag

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 06.12.2018
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Kreistagsabgeordnete/r

Herr Edgar Autenrieb	bis 19:00 Uhr
Frau Sylvia Bäcker	
Frau Claudia Beeken	
Herr Knut Bekaam	
Herr Thorsten Bohmann	
Herr Hartmut Bruns	
Frau Maria Bruns	
Herr Jörg Brunßen	
Herr Jürgen Drieling	
Herr Hergen Erhardt	
Frau Heidi Exner	bis 19:24 Uhr
Herr Joachim Finke	
Herr Heino Hots	
Herr Jan Hullmann	bis 19:00 Uhr
Frau Manuela Imkeit	
Herr Bernd Janßen	
Herr Gerold Kahle	
Herr Georg Köster	
Herr Rüdiger Kramer	
Frau Susanne Lamers	
Herr Frank Lukoschus	
Herr Wolfgang Mickelat	
Frau Susanne Miks	
Herr Jens Nacke	bis 18:56 Uhr
Herr Frank Oeltjen	
Herr Hartmut Orth	
Frau Sigrid Rakow	
Herr Eckhard Roesse	
Herr Dennis Rohde	bis 19:18 Uhr
Frau Monika Sager-Gertje	
Herr Harald Schmidt	
Herr Lars Schmidt-Berg	
Frau Kirsten Schnörwangen	
Herr Andreas Stadlik	bis 18:21 Uhr
Frau Birgit Stadlik	bis 18:21 Uhr
Frau Irmgard Stolle	

Frau Freia Taeger
Herr Jörg Weden
Frau Kira Wiechert
Herr Torsten Wilters
Frau Barbara Woltmann

von der Verwaltung

Herr Landrat Jörg Bensberg
Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann
Herr Kreisrat Ingo Rabe
Herr Leitender Kreisverwaltungsdirektor Dr.
Thomas Jürgens
Herr Kreisverwaltungsdirektor Ralf Denker
Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Klein-
schmidt

Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

Abwesend:

Kreistagsabgeordnete/r

Herr Axel Hohnholz
Herr Peter Meiwald
Herr Hermann Nee
Herr Hartwin Preussner
Herr Karl-Hermann Reil

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 20.09.2018
- 5 Verwaltungsbericht
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Be- und Abberufung eines Mitgliedes/stellv. Mitgliedes des Kreissenioresenbeirates
Vorlage: BV/209/2018
- 8 Besetzung des Schulausschusses
Vorlage: BV/219/2018
- 9 Sitzverlust im Kreistag; Feststellung gem. § 52 Abs. 2 NKomVG
Vorlage: BV/217/2018

Kreisausschuss am 29.11.2018

- 10 Ernennung des ehemaligen Kreisbrandmeisters Johann Westendorf zum Ehrenkreisbrandmeister
Vorlage: BV/208/2018
- 11 Einvernehmenserteilung zur Verordnung über das Naturschutzgebiet "Gellener Torfmöörte mit Rockenmoor und Fuchsberg im Ipweger Moor"
Vorlage: BV/214/2018
- 12 Annahme einer Sachspende; Dialogdisplay für das Straßenverkehrsamt
Vorlage: BV/218/2018
- 13 Verordnung des Landschaftsschutzgebietes Hankhausermoor
Weitere Vorgehensweise
Vorlage: BV/139/2018
- 14 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH
Vorlage: BV/135/2018
- 15 Wirtschaftsplan der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH einschl. Stellenplan als Unternehmensplan mit Inves-

titions-/Finanzplanung
Vorlage: BV/137/2018

- 16** Erweiterungsbau für die BBS Ammerland
Vorlage: BV/122/2018
- 17** Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz des Gebäudebestandes; Ergebnisse der Begutachtung der kreiseigenen Gebäude
Vorlage: BV/124/2018
- 18** Schutz- und Unterbringungsangebot für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder
Vorlage: BV/129/2018
- 19** Förderung der Erwerbslosenberatungsstellen für das Jahr 2019
Vorlage: BV/148/2018
- 20** Entscheidung über die Einrichtung einer Gesundheitsregion Ammerland
Vorlage: BV/163/2018
- 21** Fachstelle für Sucht und Suchtprävention Rose 12, Bad Zwischenahn, Träger: STEP gGmbH, Hannover, Jahreszuschuss 2019
Vorlage: BV/158/2018
- 22** Fachstelle Sucht des Diakonischen Werks im Landkreis Ammerland, Bad Zwischenahn, Fährweg 2 Förderantrag für das Jahr 2019
Vorlage: BV/160/2018
- 23** Änderung der Sportförderrichtlinie, Antrag der SPD-Kreistagsfraktion
Vorlage: BV/157/2018
- 24** Ausbildungsplatzinitiative
Vorlage: BV/170/2018
- 25** Entwicklung der IT in den Berufsbildenden Schulen Ammerland; Aufbau einer digitalen Infrastruktur
Vorlage: BV/173/2018
- 26** Antrag der Gemeinde Bad Zwischenahn auf Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für den Neubau einer Kindertagesstätte in Ofen, Rudolf-Kinau-Weg; Hier: Erweiterung des Antrages um eine weitere Kindergartengruppe mit 25 Plätzen
Vorlage: BV/180/2018
- 27** Antrag der Gemeinde Edewecht auf Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für die Erweiterung des Kindergartens Lüttje Hus in Edewecht, Hauptstraße 42, um einen Gruppenraum und Funktionsräume
Vorlage: BV/178/2018

- 28** Aufwendungen für Kinder in Heimerziehung; überplanmäßige Aufwendungen in 2018
Vorlage: BV/182/2018
- 29** Haushalt 2018; Überplanmäßige Aufwendungen für die Beseitigung von Trockenschäden auf Kreisstraßen
Vorlage: BV/202/2018
- 30** Aufstockung Kreishaus, Übernahme des Gebäudeteils durch den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/186/2018
- 31** Haushaltsplan 2019 a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019 einschl. Stellenplan b) Investitionsprogramm 2019 bis 2022
Vorlage: BV/187/2018
- 32** Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/188/2018
- 33** Restmüllentsorgung und -behandlung ab dem 01.01.2021; Fortführung der Zweckvereinbarung über die gemeinsame Entsorgung der heizwertreichen Fraktion aus der mechanisch-biologischen Behandlung von Restabfällen vom 30.08.2004 bis zum 31.12.2030
Vorlage: BV/195/2018
- 34** Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2017 sowie Entlastung der Betriebsleitung und Verwendung des Jahresgewinns gem. § 33 EigBe-trVO i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 4 der Betriebssatzung
Vorlage: BV/189/2018
- 35** Änderung der Satzung des Landkreises Ammerland über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)
Vorlage: BV/191/2018
- 36** Wirtschaftsplan 2019 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/192/2018
- 37** Wirtschaftsplan 2019 des BgA Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/190/2018
- 38** Aufnahme und Umschuldung von Krediten im Haushaltsjahr 2019 beim Eigenbetrieb Immobilienbetreuung
Vorlage: BV/203/2018
- 39** Erweiterung des Ammerland-Hospizes
Vorlage: BV/204/2018

- 40** Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung
 Vorlage: BV/205/2018
- 41** Mitteilungen des Landrates
- 42** Anfragen und Hinweise
- 43** Einwohnerfragestunde
- 44** Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Taeger eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Taeger stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Kreistages vom 20.09.2018

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Verwaltungsbericht

Landrat Bensberg erstattet den Verwaltungsbericht, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

KA Köster fragt nach der Entwicklung der Zulassung von PKW mit alternativen Antriebstechniken.

EKR Kappelmann antwortet, dass die Entwicklung der Zulassung von PKW mit alternativen Antriebstechniken nicht so erfolgreich sei wie erhofft. Der prozentuale Anteil sei nach wie vor gering. Genaue Zahlen sagt er als Antwort im Protokoll zu. Er teilt mit, dass der Landkreis Ammerland über fünf Fahrzeuge mit Elektro-Antrieb sowie über drei Fahrzeuge mit einem Erdgas-Antrieb verfüge.

Antwort: Zum 01.12.2018 waren im Landkreis Ammerland 116 reine Elektrofahrzeuge zugelassen.

Zu TOP 6 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 7 Be- und Abberufung eines Mitgliedes/stellv. Mitgliedes des Kreissenio- renbeirates Vorlage: BV/209/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Herr Karl-Heinz Köne wird als Mitglied im Kreissenioresenbeirat abberufen. Als Nachfolger wird sein bisheriger Vertreter Herr Uwe Ahlers als Mitglied berufen. Zudem wird Frau Eva Bruhn als stellvertretendes Mitglied berufen.

Zu TOP 8 Besetzung des Schulausschusses Vorlage: BV/219/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Als Vertreterin der Erziehungsberechtigten für das berufsbildende Schulwesen wird Frau Petra Obermeyer, Apen, als Mitglied in den Schulausschuss berufen.

Als Vertreterin der Schülerinnen und Schüler für das berufsbildende Schulwesen wird Rieke Bruns, Edewecht, als Mitglied in den Schulausschuss berufen.

Zu TOP 9 Sitzverlust im Kreistag; Feststellung gem. § 52 Abs. 2 NKomVG Vorlage: BV/217/2018

Vors. Taeger trägt kurz den Sachverhalt vor und gibt KA Rakow Gelegenheit zur Stellungnahme.

KA Rakow führt aus, dass sie seit 22 Jahren als Kreistagsabgeordnete aktiv sei und diese Tätigkeit immer gerne ausgeübt habe. Seit einem Jahr sei sie beruflich im Ruhestand und sie habe sich deshalb in Bezug auf ihre Aufgabenschwerpunkte neu orientiert. Allein durch die Aufgabe als Vorsitzende der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung sei sie sehr viel auf Reisen und könne somit die Arbeit als Kreistagsabgeordnete nicht mehr vollinhaltlich ausüben.

Sie dankt allen Kreistagsmitgliedern und der Verwaltung für die stets offene, faire und konstruktive Zusammenarbeit, die auch über alle Fraktionen hinaus immer erfolgreich verlaufen sei. Sie sei immer wieder über die einstimmigen Beschlüsse erstaunt und habe sich immer wieder gefragt, wie der Landkreis das schaffe. Sie wünscht abschließend dem Kreistag, dass er so einvernehmlich und erfolgreich weiterarbeiten werde.

Es wird einstimmig beschlossen:

Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft von Frau Sigrd Rakow im Kreistag des Landkreises Ammerland aufgrund des von ihr am 11.11.2018 schriftlich erklärten Verzichtes mit Wirkung zum 31.12.2018 endet.

Kreisausschuss am 29.11.2018

Zu TOP 10 Ernennung des ehemaligen Kreisbrandmeisters Johann Westendorf zum Ehrenkreisbrandmeister Vorlage: BV/208/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Herr Johann Westendorf wird aufgrund seiner Verdienste um den Brandschutz und das Feuerwehrwesen im Landkreis Ammerland mit Wirkung vom 01.01.2019 zum Ehrenkreisbrandmeister ernannt.

Zu TOP 11 Einvernehmenserteilung zur Verordnung über das Naturschutzgebiet "Gellener Torfmöörte mit Rockenmoor und Fuchsberg im Ipweger Moor" Vorlage: BV/214/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Landkreis Ammerland erteilt sein Einvernehmen zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Gellener Torfmöörte mit Rockenmoor und Fuchsberg im Ipweger Moor“ des Landkreises Wesermarsch.

Zu TOP 12 Annahme einer Sachspende; Dialogdisplay für das Straßenverkehrsamt Vorlage: BV/218/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Gemäß § 111 Abs. 7 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in Verbindung mit Ziffer 3.3. der Dienstanweisung über die Annahme von Spenden beim Landkreis Ammerland wird die Spende angenommen.

Zu TOP 13 Verordnung des Landschaftsschutzgebietes Hankhausermoor Weitere Vorgehensweise Vorlage: BV/139/2018

KA Kramer geht auf den Sachverhalt ein und führt aus, wie es zu dem Klageverfahren der Deutschen Torfgesellschaft gekommen sei. Er macht deutlich, dass ein Torfabbau seitens der Gemeinde Rastede und des Landkreises Ammerland nicht gewollt sei. Das Hankhauser Moor sei prägend für das Ammerland und müsse unter allen Umständen erhalten bleiben. Die SPD-Fraktion halte es für sinnvoll, die Ausweisung des Hankhauser Moores als Landschaftsschutzgebiet vorläufig zurückzustellen und den Ausgang des Klageverfahrens abzuwarten. Insofern werde dem Beschlussvorschlag zugestimmt.

KA Hots schließt sich der Meinung von KA Kramer an. Der Kreistag beschäftige sich seit 2016 mit dem Hankhauser Moor. Im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt habe man sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt und die Kreisverwaltung habe auf die problematische Rechtslage aufmerksam gemacht. Dem von der DTG vorgeschlagenen Kompromiss hätte man nur unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass die Gemeinde Rastede sich damit ebenfalls einverstanden erklärt hätte. Die Gemeinde Rastede habe sich aber unmissverständlich gegen einen Torfabbau ausgesprochen und somit habe man sich in der Folge am 10. Oktober im Fachausschuss ebenfalls gegen den Kompromissvorschlag der DTG und für eine Zurückstellung des Verfahrens entschieden. Die CDU-Fraktion werde somit dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Erhardt macht deutlich, dass die Fraktion B90/Die Grünen sehr erfreut sei, dass das Hankhauser Moor nicht kampflos aufgegeben werde und eine Entscheidung nun bei Gericht getroffen werde. Er halte einen Torfabbau im Hankhauser Moor für eine genauso große ökologische Katastrophe wie den Bau der A 20. Man müsse sich aber darüber im Klaren sein, dass das Hankhauser Moor bei der bestehenden Bewirtschaftung schrumpfen werde; solange nicht wiedervernässt werde, zergehe der Torf und stoße entsprechend mehr CO₂ aus. Seiner Ansicht nach müssten das Hankhauser Moor sowie alle anderen Moore im Ammerland wieder vernässt und bei einer Bewirtschaftung der Moore müsse auf eine feuchte Bewirtschaftung gesetzt werden.

KA Autenrieb macht deutlich, dass er eine Zurückstellung der Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet für falsch halte, da es das falsche Signal sei. Aus diesem Grund werde er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen und sich der Stimme enthalten.

KA Orth führt aus, dass die UWG-Fraktion sich dem Beschlussvorschlag anschließen könne. Er geht kurz auf den Wortbeitrag von KA Hots ein, der die Sachlage plausibel dargestellt habe. Seitens der Politik gehe man seiner Meinung nach eher einen ungewöhnlichen Weg. Der vorgeschlagene Kompromiss sei gewürdigt worden und er hätte diesen durchaus mitgetragen. Da die Gemeinde Rastede sich aber eindeutig gegen den Torfabbau im Hankhauser Moor ausgesprochen habe, werde der Zurückstellung der Ausweisung zugestimmt.

KA Drieling erklärt, dass die FDP-Fraktion den Beschlussvorschlag unterstütze, weil er am sinnvollsten sei, um das Hankhauser Moor langfristig bzw. endgültig zu schützen. Des Weiteren halte er es für die beste Strategie, das Verfahren auszusetzen und das Klageverfahren abzuwarten. Das Bewusstsein, Moor zu schützen, werde immer stärker und es bleibe zu hoffen, dass die DTG zur Einsicht komme und auf einen Torfabbau im Hankhauser Moor verzichte.

KA Lamers führt aus, dass ein einstimmiger Beschluss wichtig sei, um deutlich zu machen, dass Torfabbau im Hankhauser Moor grundsätzlich nicht gewollt sei. Es sei richtig, dass seitens der Kreisverwaltung die juristische Seite dargestellt und ein Kompromiss vorgeschlagen worden sei. Der Kompromissvorschlag sei ausführlich diskutiert worden und man hätte zustimmen können. Dankenswerterweise sei die Gemeinde Rastede mit in die Beratungen einbezogen worden und daraus sei deutlich geworden, dass dort ein Torfabbau nicht erwünscht sei. Sie ist der Meinung,

dass ein politischer Weg eingeschlagen werden müsse, der eindeutig ein „Nein“ zum Torfabbau beinhalte. Sie bittet darum, gegen den Torfabbau einzustehen und das Gerichtsverfahren abzuwarten.

Es wird bei einer Stimmenthaltung einstimmig beschlossen:

Die Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes wird bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtes im anhängigen Verfahren zurückgestellt.

Zu TOP 14 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH
Vorlage: BV/135/2018

Der Gesellschafterversammlung wird einstimmig vorgeschlagen:

Dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Ammerland wird vorgeschlagen, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Kommuna Treuhand GmbH, Delmenhorst, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH zu beauftragen.

Zu TOP 15 Wirtschaftsplan der Kreisvolkshochschule Ammerland gGmbH einschl. Stellenplan als Unternehmensplan mit Investitions-/Finanzplanung
Vorlage: BV/137/2018

Der Gesellschafterversammlung wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Wirtschaftsplan 2019 einschl. Stellenplan und Investitions-/Finanzplanung als Unternehmensplanung wird beschlossen.

Zu TOP 16 Erweiterungsbau für die BBS Ammerland
Vorlage: BV/122/2018

KA Frau Bruns führt aus, dass die BBS einen Bedarf für zusätzliche Klassenräume angemeldet habe. Die BBS habe eine Erfolgsgeschichte geschrieben und verfüge zurzeit über 140 Klassen mit rd. 3.500 Schülerinnen und Schülern und werde im nächsten Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiern. Es müsse in die BBS investiert werden, damit zukunftsfähig und zeitgemäß unterrichtet werden könne. Die Investitionen für den Erweiterungsbau und auch die unter TOP 25 vorgesehen Investitionen für die digitale Infrastruktur seien ihrer Meinung nach große, aber sehr wichtige Investitionen.

KA Stolle geht auf einen Bericht in der NWZ über rückläufige Schülerzahlen in den Berufsbildenden Schulen in Niedersachsen ein. Im Schulausschuss habe Frau Eberlei nachvollziehbar und deutlich dargelegt, wie gerade die Berufsbildenden Schulen einer ständigen Veränderung unterlegen seien. Es müsse auf neue Bildungsgänge und auf sich verändernde oder auslaufende Bildungsgänge reagiert werden. Wenn neue Bildungsgänge aufgenommen werden sollen und flexibel auf Bedürfnisse rea-

giert werden solle, müssten entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Berufsbildenden Schulen Ammerland werden durch einen zweigeschossigen Anbau am Trakt 6 um zusätzliche Unterrichtsräume sowie Büros und einen Besprechungsraum für das Beratungszentrum entsprechend der vorgelegten Vorentwürfe erweitert. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 3.355.000 € werden über den Haushaltsplan 2019 zur Verfügung gestellt.

**Zu TOP 17 Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz des Gebäudebestandes; Ergebnisse der Begutachtung der kreiseigenen Gebäude
Vorlage: BV/124/2018**

KA Köster geht auf die gesetzten Klimaziele ein, die zwar entschlossen umgesetzt worden seien, aber nur zu 6 – 7 % Einsparungen geführt hätten. Es sei zu wünschen, dass es in den nächsten Jahren bei den Einsparungen zu deutlicheren Verbesserungen kommen werde.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Beleuchtung der Trakte 5 und 10 der BBS Ammerland wird durch eine zeitgemäße LED-Beleuchtung incl. einer Lichtsteuerung ersetzt. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 125.000,- € werden über den Haushaltsplan 2019 zur Verfügung gestellt.

**Zu TOP 18 Schutz- und Unterbringungsangebot für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder
Vorlage: BV/129/2018**

KA Imkeit dankt der Kreisverwaltung für die bereits geführten Gespräche zur Einrichtung eines Frauenhauses. Es sei erfreulich, dass das Projekt Frauenhaus in Angriff genommen werde und es sei zu hoffen, dass die Umsetzung bald erfolgen könne, damit vielen betroffenen Frauen geholfen werden könne und keine bzw. weniger Abweisungen mehr ausgesprochen werden müssen. Wünschenswert sei, dass das Konzept für betroffenen Frauen und ihre Kinder aufgehe. Eine Kooperation mit dem Landkreis Wesermarsch hält sie für eine positive Entwicklung und es sei zu wünschen, dass auch alle anderen Fraktionen die Einrichtung eines Frauenhauses unterstützen.

KA Miks erinnert an eine im Februar vom NDR ausgestrahlte Reportage zum Thema Frauenhaus, die davon berichtet habe, dass über 2.600 Frauen aus Platzmangel in Frauenhäusern abgewiesen worden seien. Davon seien auch Frauen und Kinder aus dem Landkreis Ammerland betroffen gewesen. Daraus ergebe sich, dass es deutlichen und dringenden Handlungsbedarf für das Hilfsangebot Frauenhaus gebe. Es müsse heute der Grundstein für ein Schutz- und Unterbringungsangebot gelegt wer-

den. Ziel müsse sein, ein Frauenhaus im Landkreis Ammerland einzurichten und damit eine Botschaft der Hilfe zu signalisieren.

KA Exner führt aus, dass die Steigerung von erfassten Fällen von häuslicher Gewalt in den letzten Jahren deutlich gemacht habe, dass die bisherigen Hilfsangebote wie das Frauenhaus in Oldenburg, die Vereine Wendekreis oder Wildwasser nicht mehr ausreichen würden. Die CDU-Fraktion sei der Verwaltung für die bereits stattgefundenen Sondierungsgespräche bei der Suche nach einem Kooperationspartner sehr dankbar. Man sei sich sicher, dass zusammen mit dem Landkreis Wesermarsch gute Rahmenbedingungen für alle Beteiligten geschaffen würden.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, ein gemeinsames Rahmenkonzept für ein Frauenhaus in interkommunaler Trägerschaft mit dem Landkreis Wesermarsch zu entwickeln. Das Ergebnis ist in der Sozialausschusssitzung am 20.02.2019 vorzulegen.

Zu TOP 19 Förderung der Erwerbslosenberatungsstellen für das Jahr 2019
Vorlage: BV/148/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Arbeitsgemeinschaft der Ammerländer Erwerbslosenberatungsstellen wird für das Haushaltsjahr 2019 ein kommunaler Zuschuss von 236.300,00 € gewährt. Es ist eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung abzuschließen. Haushaltsmittel sind im Produktbereich 31.2 eingeplant.

Zu TOP 20 Entscheidung über die Einrichtung einer Gesundheitsregion Ammerland
Vorlage: BV/163/2018

KA Mickelat führt aus, dass das Wort „Gesundheit“ auch im Landkreis Ammerland von großer Bedeutung sei. Gesundheit sei nicht nur ein privates Anliegen, sondern sie stehe im Mittelpunkt aller Bürgerinnen und Bürger und auch in der politischen Zielsetzung der SPD-Kreistagsfraktion. Die Gesunderhaltung zu fördern und wieder herzustellen sei in allen Lebenslagen wichtig. Eine Sicherstellung der Gesundheitsvorsorge werde sich in den kommenden Jahren u. a. durch die demografische Entwicklung verändern. Der Landkreis Ammerland sei unter sich ändernden Rahmenbedingungen gefordert, gesundheitliche Belange der Menschen direkt vor Ort zu ermitteln und durch passgenaue Angebote zu strukturieren. Eine Gesundheitsregion sei eine Koordinierungsstelle und damit werde ein Motor für Gesundheitsförderung und Prävention geschaffen. Mit der Einrichtung einer Gesundheitsregion werde ein Gesundheitsnetzwerk geschaffen, das zukunftsorientiert und nachhaltig ausgerichtet werde. Die SPD-Fraktion sehe eine wichtige Aufgabe auch in innovativen Projekten zur Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung. Der Gesundheitsregion müsse mit dem heutigen Beschluss ein guter Start für die Gesunderhaltung der Bürgerinnen und Bürger im Ammerland gegeben werden.

KA Bäcker teilt mit, dass die UWG-Fraktion sich der Stimme enthalten werde. Sie begründet die Stimmenthaltung damit, dass die UWG-Fraktion sich intensivere und tiefergreifende Diskussionen zu der Thematik Gesundheitsregion im Ammerland im Sozialausschuss gewünscht hätte. Im Einzelnen hätte man sich tiefergehende Informationen und Diskussionen

- zur geplanten Organisationsstruktur,
- zur Aufgabenverteilung,
- zur Verantwortung der Öffentlichkeitsarbeit,
- zur Ansiedlung der Geschäftsführung einer Gesundheitsregion im Ammerland in einer politikabhängigen Verwaltungsinstitution
- zu Vereinbarungen zwischen den Akteuren, um eine langfristige Teilnahme zu gewährleisten
- zur Integration regionaler Schlüsselakteure in den Prozess der regionalen Versorgungsidee
- zum Aufbau einer langfristigen Akzeptanz der Schlüsselakteure
- zur Frage der Bewirkung einer Etablierung einer Gesundheitsregion für das Ammerland
- zum Sinn, ob die Synergieeffekte zur bestehenden Gesundheitsregion Jade-Weser genutzt werden können
- und zu Überlegungen, ob niedrighschwelligere Treffen ohne die Strukturen einer Gesundheitsregion vorteilhafter seien

gewünscht. In der Sozialausschusssitzung am 24. Oktober 2018 habe eine sachbezogene Auseinandersetzung mit dem Thema nicht stattgefunden. Der Beschluss sei ohne ein korrektes Abstimmungsmuster lediglich durch den Vorsitzenden festgelegt worden.

KA Bäcker beantragt weitergehende Beratungen der Thematik im Sozialausschuss am 20. Februar 2019.

LR Bensberg erläutert, dass der Verwaltung lediglich der Auftrag erteilt werden soll, die Einrichtung einer Gesundheitsregion Ammerland konzeptionell vorzubereiten. Die konzeptionelle Ausarbeitung werde im nächsten Sozialausschuss zur Beratung vorgelegt. Aufgrund von gesetzten Fristen müsse die Anerkennung einer Gesundheitsregion beantragt werden. Die Entscheidung des Kreistages könne jederzeit zurückgezogen werden, wenn man zu der Auffassung komme, dass die Voraussetzungen zur Einrichtung einer Gesundheitsregion für das Ammerland nicht gegeben seien. Im Ergebnis habe Frau Bäcker deutlich gemacht, was aus Sicht der UWG-Fraktion in die Bearbeitung des Konzeptes zur Einrichtung einer Gesundheitsregion mit aufgenommen werden müsse.

Auf Nachfrage von Vors. Taeger, ob es sich um einen Antrag auf Zurückstellung des Beschlusses handele, antwortet KA Orth, dass es sich lediglich um eine Begründung zur Stimmenthaltung handele.

Es wird bei zwei Stimmenthaltungen einstimmig beschlossen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Gesundheitsregion Ammerland konzeptionell vorzubereiten und die Anerkennung beim Land Niedersachsen zu beantragen.

**Zu TOP 21 Fachstelle für Sucht und Suchtprävention Rose 12, Bad Zwischenahn, Träger: STEP gGmbH, Hannover, Jahreszuschuss 2019
Vorlage: BV/158/2018**

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Träger der Rose 12 wird ein Zuschuss für 2019 in Höhe von 84.422,00 € gewährt.

Haushaltsmittel sind im Haushaltsplanentwurf 2019 eingestellt worden.

**Zu TOP 22 Fachstelle Sucht des Diakonischen Werks im Landkreis Ammerland, Bad Zwischenahn, Fährweg 2 Förderantrag für das Jahr 2019
Vorlage: BV/160/2018**

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Diakonischen Werk Oldenburg wird für den Betrieb der Fachstelle Sucht in Bad Zwischenahn im Haushaltsjahr 2019 ein Zuschuss in Höhe von 112.250,00 € gewährt. Dieser ist dem tatsächlichen Tarifabschluss für das Jahr 2019 anzupassen.

**Zu TOP 23 Änderung der Sportförderrichtlinie, Antrag der SPD-Kreistagsfraktion
Vorlage: BV/157/2018**

KA Oeltjen begründet kurz den Hintergrund der Antragstellung zur Änderung der Sportförderrichtlinie. Er führt aus, dass es im Landkreis Ammerland Sporthallen im Eigentum der Vereine gebe und Sporthallen, die im Eigentum der Gemeinden und der Stadt Westerstede seien. Bis zum Jahr 2011 sei die Förderung für alle Hallen gleich gewesen. Nach der derzeitigen Sportförderung würden neu errichtete Sporthallen, die im Eigentum der Gemeinden und der Stadt Westerstede seien, keine Förderung erhalten. Mit der Änderung der Sportförderrichtlinie würden zukünftig alle Sporthallen, auch die, die von der Stadt Westerstede oder den kreisangehörigen Gemeinden neugebaut würden, bezogen auf die Nutzung durch den Vereinssport durch den Landkreis Ammerland finanziell gefördert.

KA Bohmann führt aus, dass die CDU-Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion für eine sinnvolle Ergänzung der Sportförderrichtlinie halte. Eine Förderung von bereits abgeschlossenen Projekten sollte entgegen der Antragstellung und entsprechend der Verwaltungsvorlage erfolgen. Die CDU-Fraktion könne einer in die Zukunft gerichteten Änderung der Sportförderrichtlinie zustimmen.

KA Hots weist darauf hin, dass bei der Änderung der Sportförderrichtlinie die Nutzungsdauer von 15 auf 25 Jahre angehoben werde.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die anliegende Neufassung der Sportförderrichtlinie des Landkreises Ammerland wird mit Wirkung vom 01.01.2019 beschlossen.

Zu TOP 24 Ausbildungsplatzinitiative
Vorlage: BV/170/2018

KA Weden führt aus, dass die SPD-Fraktion die Durchführung der Ausbildungsplatzinitiative des Landkreises Ammerland durch die KVHS gGmbH begrüße. Die KVHS gGmbH habe stets erfolgreiche Projekte auf den Weg gebracht und sei über die Region hinaus bekannt. Daher könne man bzgl. der Ausbildungsplatzinitiative mit der KVHS gGmbH optimistisch in die Zukunft schauen. Die Ausbildungsplatzinitiative sei für alle Jugendlichen mit Unterstützungsbedarf in der Phase der Berufsorientierung sehr wichtig.

KA Weden erinnert an die letzte Schulausschusssitzung, in der die Frage gestellt worden sei, inwieweit Schulen sich an der Berufsfindung der Schülerinnen und Schüler beteiligen würden. Er erläutert, dass die Schulen im Bereich Berufsorientierung verschiedene Angebote wie z. B. die Fächer Arbeit, Wirtschaft, Technik, Informationen durch Berufsberater und Sozialarbeiter, Bewerbungsschreiben im Deutschunterricht, die Verpflichtung zur Durchführung von Praktika und die Herstellung von zahlreichen Kontakten zu den Betrieben vorhalten würden. Des Weiteren würden auch viele Eltern ihre Kinder bei der Berufsorientierung unterstützen. Für die Schülerinnen und Schüler, die keine Unterstützung erhalten, müsse die Ausbildungsplatzinitiative tätig werden. Es müsse vermieden werden, dass die berufsorientierungslosen Schülerinnen und Schüler die BBS Ammerland als „Zufluchtsort“ besuchen. Die BBS sei ein wichtiger Teil im Bildungssystem und es sei wichtig, den jungen Menschen eine Perspektive zu geben und diese bei der Berufsfindung zu unterstützen. Durch die Übernahme der Ausbildungsplatzinitiative durch die KVHS gGmbH beginne der Erhebungszeitraum der betroffenen Schülerinnen und Schüler erheblich eher. Die KVHS gGmbH habe die Herausforderung angenommen und dafür sei man dankbar.

KA Lamers führt aus, dass es sich bei der Ausbildungsplatzinitiative um ein sehr gutes Projekt handle und es sei sehr wichtig, die Schülerinnen und Schüler, die sich noch nicht beruflich orientiert hätten, aufzufangen und zu unterstützen. Das ursprüngliche Modell der Ausbildungsplatzinitiative sei überholt und es sei wichtig, mit der KVHS gGmbH einen neuen Weg der Hilfestellung einzuschlagen. Die KVHS gGmbH werde als geeigneter Partner angesehen, der immer gute Arbeit leiste. Es sei wichtig, dass das Projekt weitergeführt werde und die Finanzierung der Ausbildungsplatzinitiative sei eine gut angelegte Investition in die Zukunft der jungen Menschen.

KA Drieling schließt sich den Worten von KA Weden und KA Lamers an. Er führt aus, die Arbeitslosenzahlen würden deutlich machen, dass im Landkreis Ammerland nur eine geringe Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen herrsche. Die KVHS gGmbH habe in

der Vergangenheit mit Projekten wie KoLA und KoLA plus viel Erfolg gehabt. Durch die Anbindung der Ausbildungsplatzinitiative an die KVHS gGmbH könne eine noch bessere Unterstützung für Schülerinnen und Schüler, die sich beruflich noch nicht orientiert hätten, vorgenommen werden. Die Chancen auf die Integration in einen Beruf würden damit für die betroffenen jungen Menschen steigen. Die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen und es bleibe zu hoffen, dass der Landkreis Ammerland durch die Ausbildungsplatzinitiative zu einem Landkreis mit den wenigsten jugendlichen Arbeitslosen werden könne.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die KVHS gGmbH wird auf der Grundlage des vorgelegten Zwischenberichts ab dem 01.01.2019 mit der Durchführung der Ausbildungsplatzinitiative (Aubi) beauftragt.

Die erforderlichen Aufwendungen für die Haushaltsjahre 2019 ff. werden in der Haushaltsplanung ab 2019 berücksichtigt.

**Zu TOP 25 Entwicklung der IT in den Berufsbildenden Schulen Ammerland; Aufbau einer digitalen Infrastruktur
Vorlage: BV/173/2018**

KA Wiechert führt aus, dass sie selbst Schülerin an einer BBS gewesen sei, die bereits mit flächendeckendem WLAN ausgestattet sei. Die flächendeckende WLAN-Anbindung sei von Seiten der Lehrerinnen und Lehrer sowie von den Schülerinnen und Schülern als sehr angenehm und hilfreich empfunden worden. Die CDU-Fraktion sehe die Investition als sehr sinnvoll an und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Herr Bruns erinnert daran, dass die FDP-Fraktion im letzten Jahr den Antrag zum Ausbau der digitalen Infrastruktur an der BBS Ammerland gestellt habe und somit werde man dem Beschlussvorschlag sehr gerne zustimmen. Er trägt den Inhalt des Antrages vor, der seinerzeit ein Prüfauftrag an die Verwaltung gewesen sei. Es sei erfreulich, dass auf diesen Prüfauftrag reagiert worden sei und heute ein Beschlussvorschlag zum Aufbau der digitalen Infrastruktur vorliege.

KA Lukoschus führt aus, dass die BBS Ammerland mit dem IT-Konzept aufgezeigt habe, dass Visionen für diese Herausforderung unbedingt nötig seien. Zunächst müssten als Basis die technischen Voraussetzungen geschaffen werden. Des Weiteren müssten die Lehrkräfte für den digitalen Umgang im Unterricht ausgebildet und trainiert werden. Nur so könne Verständnis für die Dringlichkeit der Maßnahme einer modernen und angepassten Ausbildung aufgebracht werden. Die Ausstattung mit WLAN sei nur ein erster und notwendiger Schritt. Das vorliegende Konzept der BBS Ammerland zeige, dass die Lehrkräfte auf einem guten und richtigen Weg seien. Er spricht der BBS Ammerland seinen Dank für die gute Arbeit aus. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Räumlichkeiten der BBS Ammerland werden mit einem flächendeckenden WLAN ausgestattet. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushalt 2019 bereitzustellen.

Zu TOP 26 Antrag der Gemeinde Bad Zwischenahn auf Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für den Neubau einer Kindertagesstätte in Ofen, Rudolf-Kinau-Weg; Hier: Erweiterung des Antrages um eine weitere Kindergartengruppe mit 25 Plätzen
Vorlage: BV/180/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Gemeinde Bad Zwischenahn werden für den Neubau einer weiteren Kindergartengruppe im Rahmen des Neubaus einer Kindertagesstätte in Ofen eine weitere Zuwendung in Höhe von 4.000 Euro je neugeschaffenem Platz, mithin weitere 100.000 Euro gewährt. Die Zuwendung wird vorbehaltlich der Einplanung entsprechender Finanzmittel im Haushaltsplan 2019 des Landkreises Ammerland bewilligt.

Zu TOP 27 Antrag der Gemeinde Edewecht auf Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für die Erweiterung des Kindergartens Lüttje Hus in Edewecht, Hauptstraße 42, um einen Gruppenraum und Funktionsräume
Vorlage: BV/178/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Gemeinde Edewecht werden für die Erweiterung des Kindergartens Lüttje Hus in Edewecht, Hauptstraße 42, zur Schaffung von 25 Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren eine Zuwendung in Höhe von 2.400 Euro je neu geschaffenen Platz, mithin 60.000 Euro gewährt. Die Zuwendung wird vorbehaltlich der Einplanung entsprechender Finanzmittel im Haushaltsplan 2019 gewährt.

Zu TOP 28 Aufwendungen für Kinder in Heimerziehung; überplanmäßige Aufwendungen in 2018
Vorlage: BV/182/2018

KA Stolle führt aus, dass zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2,7 Mio. Euro für Kinder in Heimerziehung ein beachtlicher Betrag sei. Aus den Fachausschussvorlagen sei deutlich geworden, dass die Fallzahlen in allen Bereichen gestiegen seien. Ein Grund für die steigenden Zahlen lasse sich nicht so ohne weiteres finden. Es sei aber erkennbar, dass die Anforderungen an das Jugendamt im Bereich der Rechte der Kinder und Jugendlichen gestiegen seien. Die Angebote des Jugendamtes seien erweitert worden und der Hilfebedarf sowie die Komplexität des Hilfebedarfes für Kinder und Jugendliche hätten enorm zugenommen. Eltern seien oft nicht mehr in der Lage, ihren Kindern einen sicheren und geborgenen Rahmen zu geben. Präventive Maßnahmen wie z. B. Café Kinderwa(a)gen oder Familienhebammen würden greifen, aber dennoch müsse man sich die Frage stellen, wie man in diesem Bereich noch verstärkt aktiv werden könne. Deutlich geworden sei, dass Eltern bei Proble-

men mit ihren Kindern möglichst früh Hilfe bekommen sollten. Leider mangle es an Fachkräften, daher könnte oft keine Personalaufstockung durchgeführt werden. Sie spricht ihren Dank an alle Personen aus, die in dem Bereich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Man dürfe nicht vergessen, dass hinter jeder Fallzahl ein Kind oder eine Jugendliche/ein Jugendlicher stehen würde und jedes Kind und jede/r Jugendliche habe ein Recht auf Geborgenheit und Unversehrtheit. Sie wünsche sich, dass Eltern wieder verstärkt ihre Rolle als Eltern wahrnehmen würden.

KA Miks geht auf die steigenden Fallzahlen ein. Sie sei schon eine lange Zeit Mitglied im Jugendhilfeausschuss und es sei verwunderlich, dass die Fallzahlen immer noch weiter ansteigen. In dem Vortrag mit den entsprechenden Erläuterungen zu den Fallzahlen sei deutlich gemacht worden, dass in der Vergangenheit beschlossene Hilfsmaßnahmen mittlerweile greifen würden. Gleichwohl sei klar geworden, warum die Kosten entsprechend ansteigen würden. In den Kindertagesstätten würde geschultes Fachpersonal eingesetzt, das sensibler auf Probleme bei den Kindern reagieren würde. Definitiv stehe hinter jeder Fallzahl ein Schicksal. Für die Zukunft sei es wünschenswert, dass Familien und Kinder mehr gestärkt würden und dafür müsse mehr Geld in die Hand genommen werden.

KA Roese führt aus, dass familiäre Probleme oft schon über Generationen hinweg bestehen würden. Eltern, die z. B. selbst als Kinder Probleme gehabt hätten oder verwahrlost gewesen seien, hätten keine Vorbilder und wüssten oft nicht, wie sie mit ihren eigenen Kindern umgehen müssen. Kinder in einer Einrichtung unterzubringen, sei oft die letzte Station, aber für das Kind ggf. die bessere Unterkunft als im Elternhaus. Die Unterbringung in Einrichtungen sei allerdings kostspielig und man müsse dies auch als Wirtschaftsfaktor sehen. Es müsse in Frage gestellt werden, wie die Qualität der geleisteten Arbeit aussehe und er wünsche sich, dass die Einrichtungen genauer betrachtet würden. Des Weiteren müsse in den Fokus genommen werden, ob die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern adäquat seien oder ob Unterstützung benötigt werde, um kritische Familiensituationen besser einschätzen zu können.

KA Beeken führt aus, dass sie selber schon seit geraumer Zeit Mitglied im Jugendhilfeausschuss sei und die Entwicklung seit längerem mitverfolge. Es sei erschreckend, wie die Fallzahlen von Jahr zu Jahr gestiegen und die Kosten damit in die Höhe gegangen seien. Grund der Kostensteigerungen sei u. a., dass von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Kindertageseinrichtungen und Schulen und von Nachbarn bei Auffälligkeiten sensibler reagiert werde und in der Folge mehr Probleme in den Familien aufgedeckt würden. Des Weiteren seien im Jugendamt zusätzliche Stellen geschaffen worden, die ebenfalls zu den Kostensteigerungen beitragen würden. Sie spricht im Namen der CDU-Fraktion ihren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes und an die Pflegeeltern aus.

KA Bäcker schließt sich den Worten der Vorredner/innen an. Sie führt ergänzend aus, dass es bei den überplanmäßigen Aufwendungen in erster Linie um die Tagespflege, um die Heimerziehung, um Mutter-Vater-Kind-Einrichtungen, um die Unterstützung von jungen Volljährigen, um die Unterstützung der Unterhaltsvorschusszahlungen und um die Unterstützung der vollstationären Eingliederungshilfe handele. Man dürfe in diesem Bereich nicht nur über Einsparpotenziale nachdenken. In die-

sem Bereich gehe es auch darum, Qualitätsstandarte zu erhalten und dabei handele es sich um eine vordringliche Aufgabe, die ausdrücklich unterstützt werden müsse.

KA Drieling schließt sich ebenfalls den Beiträgen seiner Vorredner/innen an. Die Kostensteigerungen im Jugendhilfebereich hätten die FDP-Fraktion sehr betroffen gemacht. Es müsse weiterhin über andere Möglichkeiten wie zusätzliche Projekte nachgedacht werden. Die Angebote in den Kindertagesstätten und Kindergärten seien bereits ausgeweitet worden. Man habe im Grunde genommen schon fast eine optimale Versorgung. Ein ganz wichtiger Faktor seien die Pflegefamilien im Landkreis Ammerland, um Kinder vor der Heimunterbringung zu bewahren. Im Jugendhilfeausschuss müsse das Thema Kindeswohl weiter im Auge behalten werden und es müsse geprüft werden, ob bei den Betreuungs- und Beratungsangeboten neue Wege eingeschlagen werden können.

Es wird einstimmig beschlossen:

Für den Teilhaushalt Jugendhilfe werden für verschiedene Leistungsbereiche zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 2,74 Mio. Euro als überplanmäßige Aufwendungen des Jahres 2018 zur Verfügung gestellt. Die Deckung dieses zusätzlichen Finanzmittelbedarfs ist über den allgemeinen Haushalt sichergestellt.

Zu TOP 29 Haushalt 2018; Überplanmäßige Aufwendungen für die Beseitigung von Trockenschäden auf Kreisstraßen
Vorlage: BV/202/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Für die Beseitigung von Trockenschäden auf Kreisstraßen und Radwegen werden im Haushaltsjahr 2018 als überplanmäßige Aufwendungen 300.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Zu TOP 30 Aufstockung Kreishaus, Übernahme des Gebäudeteils durch den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/186/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Landkreis Ammerland übernimmt mit der Fertigstellung der Gebäudeaufstockung diesen Gebäudeteil als wirtschaftlicher Eigentümer und erstattet dem Eigenbetrieb Immobilienbetreuung die hierfür aufgewendeten Errichtungskosten. Für diesen Zweck werden im Haushaltsplan 2019 insgesamt 1.600.000 € veranschlagt.

**Zu TOP 31 Haushaltsplan 2019 a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019 einschl. Stellenplan b) Investitionsprogramm 2019 bis 2022
Vorlage: BV/187/2018**

EKR Kappelman führt aus, dass der vorliegende Haushaltsplanentwurf auf der Basis der Mittelanmeldungen der Verwaltung sowie der Fachausschussberatungen erstellt worden sei. Der Haushalt weise im Ergebnishaushalt trotz erheblicher Mehranforderungen bei den Jugendhilfeleistungen und größerer, u. a. durch die Neueregulungen des Teilhabegesetzes erforderlicher Personalaufstockungen, einen Überschuss in Höhe von rd. 2,1 Mio. Euro aus. Des Weiteren gehe man davon aus, dass Überschüsse in den Ergebnishaushalten nach heutigem Planungsstand auch in allen Jahren des Finanzplanungszeitraumes erreicht werden können. Das Investitionsvolumen des Landkreises liege mit 22,4 Mio. Euro auf einem Rekordniveau, so EKR Kappelman weiter. Mit den geplanten Investitionen würden nachhaltig die Strukturen im Landkreis verbessert. Die Schwerpunkte würden dabei im Bildungsbereich, in der Verkehrsinfrastruktur sowie in der Daseinsfürsorge mit dem über mehrere Jahre angelegten Ausbauprogramm für die Breitbandversorgung liegen. Aufgrund der guten Jahresergebnisse in den Vorjahren sei der Landkreis in der Lage, die Investitionen vollständig aus seiner vorhandenen Liquidität zu finanzieren, ohne neue Kredite aufnehmen zu müssen. Bis Ende 2019 werde der Schuldenstand auf rd. 16,3 Mio. Euro gesunken sein und damit um mehr als 20 Mio. Euro unter dem Höchststand von 37,2 Mio. Euro im Jahr 2011 liegen. Durch die in den vergangenen Jahren abgelösten Kredite müsse der Landkreis im Jahr 2019 weniger als 700 T € für Zinsen zahlen und spare gegenüber dem Jahr 2011 jährlich rd. 800 T € an Zinsaufwendungen, die z. B. für sämtliche Investitionsmaßnahmen im Jahr 2019 in die BBS Ammerland incl. der Erneuerung der Tiefbauhalle und der Ausstattung mit einem flächendeckenden WLAN-Netz ausreichen würden. Oder es könnten die für 2019 zusätzlich bereitgestellten Mittel für die Unterhaltung der Kreisstraßen, die Sonderprogramme für die Bankettbefestigungen, Straßenmarkierungen und wegweisenden Beschilderungen sowie für die Moorstreckensanierungen damit finanziert werden.

EKR Kappelman führt weiter aus, dass die finanzielle Lage auch in den kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede zufriedenstellend sei. Sie seien alle insgesamt wirtschaftlich gut aufgestellt und in der Lage, die vor Ort bestehenden Herausforderungen zu bewältigen. Nach Abstimmung mit den Gemeinden und der Stadt Westerstede sei vereinbart worden, einen Kreisumlagehebesatz von unverändert 34 %-Punkten vorzuschlagen. Im Gegenzug habe sich der Landkreis verpflichtet, die Kosten für die Erschließung der weißen Flecken sowie für die Anbindung der Schulen im Landkreis Ammerland im Rahmen der Breitbandversorgung zu übernehmen. Er bittet abschließend darum, dem Haushaltsplan 2019 sowie dem Stellenplan und dem Investitionsprogramm 2019 – 2022 zuzustimmen.

KA Frau Bruns lobt den positiven Haushaltsvorschlag. Es sei erfreulich, dass in Bildung und Infrastruktur ohne Neuaufnahme von Krediten investiert werden könne. Die Gemeinden und die Stadt Westerstede hätten sich zusammen mit der Kreisverwaltung in Bezug auf die Kreisumlage geeinigt, dem Kreistag vorzuschlagen, den Kreisumlagehebesatz in den nächsten Jahren nicht zu senken. Im Gegenzug habe sich der Landkreis bereit erklärt, die Kosten für die Erschließung der Weißen Flecken und der Schulen im Bereich Breitband zu übernehmen. Es sei wichtig, dass in den Ausbau des Breitbandnetzes investiert werde, um gewerblichen Betrieben und allen Haushalten des Landkreises Ammerland eine schnelle Internetverbindung zu ge-

währleisten. Breitbandanbindung müsse als Anforderung für die Zukunft als Daseinsvorsorge genauso wie Strom-, Wasser- und Gasversorgung gesehen werden.

KA Frau Bruns führt weiter aus, dass der Überschuss im Haushalt auch durch die Arbeitsleistung der Kreisverwaltung erzielt worden sei und diese Arbeit werde immer anspruchsvoller. In der Folge müsse dann auch das Personal der Kreisverwaltung aufgestockt werden. Im Weiteren geht sie auf die Kosten für Kinder- und Jugendhilfe ein, die in prekären Verhältnissen leben würden. Prekäre Fälle würden durch die Sensibilisierung der Bevölkerung und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindertagesstätten und Schulen eher angezeigt und durch das Jugendamt verfolgt. Die Versorgung der betroffenen Kinder und die damit oft verbundene Unterbringung bei Pflegefamilien oder in Einrichtungen würden hohe Kosten mit sich bringen.

KA Frau Bruns geht in ihrem Vortrag auf die Haushaltslage zu Anfang ihrer Kreistagstätigkeit ein, in der das Gesamtvolumen bei ca. 50 Mio. Euro gelegen habe. Im Laufe der Jahre sei der Haushalt auf fast 200 Mio. Euro angestiegen. Der Landkreis habe immer mehr Aufgaben dazu bekommen, die in der Folge zu einem höheren Volumen geführt hätten. Der Landkreis habe eine hohe Liquidität und es könne investiert werden. Es müsse aber weiterhin vorsichtig und mit Umsicht investiert werden. Sie geht im Weiteren kurz auf den Ausbau der Breitbandversorgung, die Investitionen in die Infrastruktur und die Sanierung der Moorstrecken ein. Abschließend teilt sie mit, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag uneingeschränkt zustimmen werde und es zu hoffen bleibe, dass die Entwicklung weiter auf einem positiven Niveau bleiben werde.

KA Oeltjen führt aus, dass der Haushalt 2019 sehr positiv ausgefallen sei und diesem uneingeschränkt zugestimmt werden könne. Investitionen in Höhe von rd. 22,4 Mio. Euro seien bemerkenswert. Seitens der SPD-Fraktion sei anzumerken, dass viel Geld für den Breitbandausbau aufgewendet werde, der für die Ammerländerinnen und Ammerländer auch dringend benötigt werde. Die SPD-Fraktion halte aber den Breitbandausbau für eine Aufgabe der Telekommunikationsunternehmen. Die Förderung vom Bund sei positiv zu bewerten. Die Förderung durch das Land sei dagegen nicht überzeugend. Wenn der Landkreis nicht in den Breitbandausbau investieren müsse, hätte man im Endeffekt noch mehr an Investitionsvolumen zur Verfügung gehabt, welches auch den Gemeinden und der Stadt zugute gekommen wäre.

KA Oeltjen führt weiter aus, dass die SPD-Fraktion des Weiteren anmerke, dass die Ampelanlage im Bereich Petersfehn an der Kreuzung Brüderstraße/Mittellinie leider nicht auf den Weg gebracht werden konnte. Der Straßenbauausschuss habe sich gegen eine Volllichtsignalanlage ausgesprochen und weitere Planungsmittel seien vom Haushalts- und Personalausschuss abgelehnt worden, weil man den Fachausschüssen nicht vorgreifen wolle. Seiner Meinung nach habe der Haushaltsausschuss das letzte Wort, wenn es um Investitionen gehe.

KA Oeltjen berichtet kurz von der Haushaltsklausur der SPD-Fraktion, an der EKR Kappelman teilgenommen habe, der den Haushalt des Landkreises Ammerland mit einem Lächeln dargestellt habe. Er lobt die Arbeit von EKR Kappelman und dankt ihm für den umsichtigen Umgang mit den Haushaltsmitteln des Landkreises, die zu einem so guten Ergebnis geführt hätten. In seinen weiteren Ausführungen geht KA Oeltjen auf die Verschuldung des Landkreises ein. Er habe festgestellt, dass der Landkreis auch über Vermögen in Form von unbebauten Grundstücken, Straßen und Wegen und Maschinen und Fahrzeuge verfüge und bei einer Gegenrechnung könne der Landkreis damit als schuldenfrei bezeichnet werden. Aus Sicht der SPD-Fraktion

sei der Landkreis Ammerland gut aufgestellt und der Kreistag habe in den letzten Jahren solide, umsichtig und zukunftsfähig gearbeitet. Dem Haushalt könne uneingeschränkt zugestimmt werden.

KA Köster führt aus, dass bei der Haushaltsklausur der Fraktion B90/Die Grünen EKR Kappellmann ebenfalls teilgenommen habe und auch dort der Eindruck entstanden sei, dass der Kämmerer äußerst zufrieden sei. Er geht auf den Klimawandel ein, den er gerne wieder in den Mittelpunkt stellen wolle. EKR Kappellmann habe berichtet, dass beim Neubau des Berufsbildungszentrums die Verbrauchswerte trotz größerer Flächen um 50 % niedriger ausfallen würden als beim alten Gebäude. Er halte die Klimaschutzziele weiterhin für ein wesentliches Ziel. Er sei aber davon überzeugt worden, dass der Landkreis den Weg des Klimaschutzes weiter verfolgen und fortsetzen werde. Die Erfolge des Haushaltes, so KA Köster weiter, könnten auf den gesamten Kreistag umgelegt werden, der in den meisten Fällen einstimmige Beschlüsse gefasst habe, aber dennoch umsichtig entschieden habe. Erfreulich sei, dass ein Frauenhaus eingerichtet werden solle und in den Breitbandausbau investiert werde. Er dankt der Kreisverwaltung für die hervorragende Arbeit und dafür, dass die Sitzungsunterlagen immer sehr gut ausgearbeitet worden seien. Er geht abschließend auf den Antrag der Fraktion B90/Die Grünen zu den Schülertickets ein, auf den in der Presse ausführlich eingegangen worden sei. Der Antrag solle Verbesserungen für die Schülerinnen und Schüler bringen und im Fachausschuss intensiv beraten werden.

KA Herr Bruns schließt sich den Ausführungen der Vorredner/in an. Er zeigt sich ebenfalls erfreut über die Zufriedenheit des Kämmerers über den Haushalt 2019. Er geht im Weiteren auf den Stellenplan 2019 ein, dem trotz der Stellenmehrungen ausdrücklich zugestimmt werden solle. Es sei durch die Verwaltung deutlich gemacht worden, dass zusätzliches Personal in verschiedenen Bereichen dringend benötigt werde, um zufriedenstellend arbeiten zu können und eine zufriedenstellende Arbeit komme den Bürgerinnen und Bürgern des Ammerlandes zugute. Er erwähnt kurz, dass kein Sanierungsstau bei Gebäuden und Straßen vorhanden sei und der Bereich Familienhilfe finanziell unterstützt werde. Die Unterstützung der Familienhilfe sei wichtig und man müsse immer ein wachsames Auge darauf richten, um betroffenen Familien frühzeitig helfen zu können. Der Kreistag dürfe im Bereich Investitionen den Weitblick nicht verlieren. Er dankt im Namen der FDP-Fraktion allen Kreistagsmitgliedern und der Verwaltung für die ausgesprochen gute Zusammenarbeit. Er sei stolz darauf, dass die FDP-Fraktion auch als kleine Fraktion auf Augenhöhe mitarbeiten dürfe, um im Team den Landkreis weiter nach vorne zu bringen.

KA Orth geht auf einen NWZ-Artikel ein, der über einen angeblich hohen Schuldenstand des Landkreises Ammerland berichtet habe. Aus seiner Sicht sei der Artikel nicht gut und zielführend gewesen, habe nicht den Tatsachen entsprochen und habe nicht deutlich gemacht, auf welchem hohem Niveau die Kreisverwaltung und der Kreistag arbeiten würden. Er führt im Weiteren aus, dass der Haushalt des Landkreises ein guter Erfolg sei, den die Kreisverwaltung unter Mitwirkung des Kreistages erreicht habe. Der Breitbandausbau werde viel Arbeit mit sich bringen und man werde sich weiterhin konstruktiv an der Erschließung beteiligen. Er dankt im Namen der UWG-Fraktion für das gute Ergebnis und die wertschätzende Zusammenarbeit mit den Kreistagskolleginnen und Kollegen und der Kreisverwaltung.

Es wird einstimmig beschlossen:

Zu a)

Die Haushaltssatzung 2019 einschl. Haushaltsplan und Stellenplan wird beschlossen.

Zu b)

Das Investitionsprogramm 2019 bis 2022 wird beschlossen.

Zu TOP 32 Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Ammerland

Vorlage: BV/188/2018

KA Bekaun führt aus, dass mit der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes die Weichen für die Zukunft gestellt werden sollen. Das Abfallwirtschaftskonzept liste im Detail auf, welchen Weg der Abfall des Landkreises Ammerland nehme. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, Städten und anderen Landkreisen sei es dem Landkreis Ammerland möglich, die bestmögliche Verwertung des täglichen Abfalls vorzunehmen. Mit einem kompetenten Entsorgungsunternehmen und einem guten Team auf der Deponie in Mansie könne man gestärkt in die Zukunft blicken, die viele neue Ideen mit sich bringe. U. a. sollten die Online-Anmeldung für Sperrmüll, die Verminderung von Plastikmüll und ggf. die Ablösung des Gelben Sackes durch eine andere Lösung vorangetrieben werden. Des Weiteren sei im letzten Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes die Einführung von digitalen Mülltonnen angesprochen worden. Es gebe viel Potenzial und die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Das Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Ammerland für den Zeitraum 2018 bis 2022 wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 33 Restmüllentsorgung und -behandlung ab dem 01.01.2021; Fortführung der Zweckvereinbarung über die gemeinsame Entsorgung der heizwertreichen Fraktion aus der mechanisch-biologischen Behandlung von Restabfällen vom 30.08.2004 bis zum 31.12.2030

Vorlage: BV/195/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Zweckvereinbarung über die gemeinsame Entsorgung der heizwertreichen Fraktion aus der mechanisch-biologischen Behandlung von Restabfällen vom 30.08.2004 wird über den 31.12.2020 hinaus bis zum 31.12.2030 verlängert.

Zu TOP 34 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2017 sowie Entlastung der Betriebsleitung und Verwendung des Jahresgewinns gem. § 33 EigBetrVO i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 4 der Betriebssatzung

Vorlage: BV/189/2018

Es wird einstimmig beschlossen:

- I. Der Jahresabschluss 2017 mit den nachfolgend genannten Werten sowie der Lagebericht 2017 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland werden als richtig anerkannt und festgestellt:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Bilanz zum 31.12.2017 | |
| Bilanzsumme: | 20.887.889,31 € |
| 2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2017 | |
| Ergebnis – Jahresgewinn | 8.246,51 € |

An den Haushalt des Landkreises Ammerland wird eine Eigenkapitalverzinsung aus dem Jahresgewinn des gebührenrechtlichen Teil des Jahresabschlusses 2017 des Abfallwirtschaftsbetriebes in Höhe von 17.820,56 € abgeführt.

- II. Der Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2017 Entlastung erteilt.

**Zu TOP 35 Änderung der Satzung des Landkreises Ammerland über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)
Vorlage: BV/191/2018**

KA Autenrieb führt aus, dass er erfreut sei, dass die Kosten für die Abfallentsorgung für die Bürgerinnen und Bürger und besonders für die gewerblichen Unternehmen im Landkreis Ammerland gegenüber anderen Landkreisen auf einem niedrigen Niveau seien. Ihn störe, dass der Literpreis für Abfall von Unternehmen geringer sei als für Privathaushalte. Er regt an, zukünftig für Unternehmen und Privathaushalte einheitliche Gebühren festzusetzen.

KA Schmidt-Berg führt aus, dass die CDU-Fraktion der Erhöhung der Gebühren zustimmen werde, weil die Gebührenanhebung für nötig und berechtigt gehalten werde. Es sei deutlich gemacht worden, dass u. a. die Abfallbehandlungskosten gestiegen seien und globale Einflüsse sowie höhere Stromkosten eine Anhebung der Gebühren unumgänglich machen würden. Der durchschnittliche Haushalt werde mit der Erhöhung der Abfallgebühren bei 14-tägiger Abfuhr mit 44 Cent pro Monat belastet.

KA Köster fragt nach, ob gewerbliche Unternehmen tatsächlich günstigere Konditionen hätten als Privathaushalte.

EKR Kappellmann erläutert, dass die Gebühren für Restabfall und für Biomüll konsequent linear ausgestaltet seien. Je mehr Volumen zur Abfuhr bereitgestellt werde, desto höher sind die Gebühren. Insofern gebe es für Gewerbebetriebe keinen Bonus und es gelte derselbe Literpreis wie für Privathaushalte.

Die Änderungssatzung zur Änderung der Satzung des Landkreises Ammerland über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) wird einstimmig beschlossen.

**Zu TOP 36 Wirtschaftsplan 2019 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/192/2018**

Der Wirtschaftsplan 2019 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird einstimmig beschlossen.

**Zu TOP 37 Wirtschaftsplan 2019 des BgA Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/190/2018**

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 des BgA Containerstellplätze/Papiersammlung/Abfallberatung Duales System des Landkreises Ammerland wird einstimmig beschlossen.

**Zu TOP 38 Aufnahme und Umschuldung von Krediten im Haushaltsjahr 2019 beim Eigenbetrieb Immobilienbetreuung
Vorlage: BV/203/2018**

Es wird einstimmig beschlossen:

Auf Grundlage der Richtlinie für die Aufnahme/Umschuldung von Krediten (§ 3 Abs. 3 der Kreditrichtlinie) wird der Landrat ermächtigt, den Darlehensbedarf im Rahmen des Wirtschaftsplanes wie folgt mit Abschluss von Darlehensverträgen zu realisieren:

Zinsfestsetzung: über 15 Jahre bis zu über 25 Jahren (Gesamtlaufzeit) mit einem Höchstzinssatz von 2,0 %

Zinsfestsetzung: bis zu 15 Jahren mit einem Höchstzinssatz von 1,5 %

**Zu TOP 39 Erweiterung des Ammerland-Hospizes
Vorlage: BV/204/2018**

KA Frau Bruns führt aus, dass die Erweiterung des Ammerland Hospizes eine gute Entscheidung und gut angelegtes Geld sei. In den letzten Jahren sei das Hospiz fast durchgängig vollständig belegt gewesen und Gäste hätten abgewiesen werden müssen. Das Hospiz leiste gute Arbeit und werde auch zukünftig stark nachgefragt werden. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Lukoschus führt aus, dass das Ammerland Hospiz anerkannt gute Arbeit leiste und entsprechende Belegungszahlen vorweisen könne. Gäste aus dem Ammerland und über die Kreisgrenzen hinaus würden beim Ammerland-Hospiz anfragen. Leider müsste die Aufnahme von vielen Gästen abgelehnt werden, da die Kapazitäten ausgeschöpft seien. Allein aus diesem Grund sei eine Erweiterung des Ammerland-Hospizes unumgänglich. Er weist darauf hin, wie gut die Arbeit im Hospiz durch ehrenamtliche und hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeführt werde. Auch die Zusammenarbeit mit der Ammerland-Klinik, dem ambulanten Palliativ-

stützpunkt und den Ärzten und Kliniken aus der Umgebung sei lobenswert. Der zu treffende Beschluss sei folgerichtig und zukunftsweisend für die nächsten Jahre. Er dankt der Verwaltung für die Vorbereitung und die Planung der Erweiterung des Ammerland-Hospizes.

KA Drieling schließt sich den Worten der Vorredner an. Die Resonanz auf das Ammerland-Hospiz sei von Beginn an immer gut gewesen. Er habe selten erlebt, dass eine neue Einrichtung eine so hohe Akzeptanz erfahre. Das Hospiz sei neben den Zahlungen der Krankenkassen auf Spenden angewiesen und es seien viele Menschen bereit, für das Hospiz zu spenden. Die Erweiterung des Ammerland-Hospizes sei eine gute Entscheidung und es sei zu hoffen, dass möglichst alle Bedarfe aus dem Ammerland dann auch befriedigt werden können. Mit der Erweiterung des Hospizes würden gleichzeitig die Außenanlagen sowie die Wegeführung neu angelegt und dadurch könne das Waldstück von Patienten der Ammerland-Klinik und von Gästen sowie deren Angehörigen genutzt werden.

Es wird einstimmig beschlossen:

Auf dem Gelände des Klinikzentrums Westerstede wird ein Erweiterungsbau für das Ammerland-Hospiz mit vier weiteren Gästezimmern errichtet. Zur Finanzierung werden Gesamtkosten in Höhe von 1.450.000,00 € sowie ein Baukostenzuschuss der Ammerland-Hospiz gGmbH in Höhe von 550.000,00 € in den Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Immobilienbetreuung eingestellt.

**Zu TOP 40 Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung
Vorlage: BV/205/2018**

Der Wirtschaftsplan 2019 für den Eigenbetrieb Immobilienbetreuung wird einstimmig beschlossen.

Zu TOP 41 Mitteilungen des Landrates

- a) Landrat Bensberg teilt mit, dass KA Edgar Autenrieb am 13.10. seinen 60. Geburtstag, KA Andreas Stadlik am 30.11. seinen 50. Geburtstag, stellv. LR Rüdiger Kramer am 01.12. seinen 65. Geburtstag und KA Jörg Weden am 01.12. seinen 75. Geburtstag feiern konnten.

KA Kahle habe am 28.09. seine Goldene Hochzeit feiern können.

Von den ehemaligen Kreistagsabgeordneten hätten am 04.10. Stefan Pfeiffer seinen 50. Geburtstag, Heino Hinrichs seinen 75. Geburtstag, Norbert Barr und Klaus Hillen ihren 70. Geburtstag feiern können.

- b) LR Bensberg geht auf die Frage von KA Rakow ein, wie der Landkreis es schaffe, in den meisten Fällen einstimmige Beschlüsse herbeizuführen und erläutert, dass die einvernehmlichen Kreistagsbeschlüsse in erster Linie den Kreistagsabgeordneten zuzuschreiben seien, die seit geraumer Zeit erkannt

hätten, wertschätzend miteinander umzugehen. Politische Auseinandersetzungen seien so geführt worden, dass Stellungnahmen punktuell vorgetragen worden seien, aber man habe den anderen Politikern zugehört und sich ggf. einer anderen Meinung angeschlossen. Dies habe in der Regel ohne persönliche Angriffe stattgefunden. Des Weiteren habe man die Bundes- und Landespolitik aus den politischen Beratungen des Kreistages herausgehalten. Auch die Verwaltung sei immer sehr bemüht, eingehende Aufträge abzuarbeiten und durch die vom Kreistag getroffenen Personalentscheidungen sei die Verwaltung in der Lage, effektiv und erfolgreich zu arbeiten.

LR Bensberg würdigt die langjährige Mitgliedschaft als Kreistagsabgeordnete von KA Rakow und trägt Besonderheiten der letzten Wahlperioden vor, in denen KA Rakow politisch mitgewirkt und viele Entscheidungen mit auf den Weg gebracht habe. Sie habe in 22 Jahren als Kreistagsabgeordnete an vielen Fachausschusssitzungen teilgenommen und die Arbeit darin begleitet.

LR Bensberg dankt KA Rakow für 22 Jahre Tätigkeit als Kreistagsabgeordnete, die immer davon geprägt gewesen seien, dass sie sehr punktuell und sachbezogene Themen in die politischen Beratungen eingebracht habe. Nebenbei habe sie 15 Jahre lang den Wahlkreis Landkreis Ammerland als Landtagsabgeordnete in Hannover vertreten und für die Ammerländer Belange gekämpft und sich eingesetzt. Er überreicht KA Rakow eine Urkunde als Anerkennung für die geleisteten Dienste als Kreistagsabgeordnete des Landkreises Ammerland und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft und weiterhin viel Erfolg als Vorsitzende der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung.

KA Oeltjen spricht KA Rakow ebenfalls seinen Dank für die Arbeit als Kreistagsabgeordnete und als Fraktionsmitglied der SPD-Kreistagsfraktion aus, in der sie einige Jahre als Fraktionsvorsitzende tätig gewesen sei. Sie habe stets auf qualitativ hohem Niveau gearbeitet und sei dabei immer menschlich geblieben.

KA Miks spricht KA Rakow stellvertretend für die übrigen Fraktionen ihren Dank aus und würdigt ihre Arbeit und ihr Engagement. Sie geht auf die vielen Ereignisse ein, an der KA Rakow mitgewirkt habe. Sie habe viel Zeit in die Arbeit als Kreistagsabgeordnete investiert und habe viel Durchhaltevermögen gezeigt. Sie wünscht KA Rakow für die Zukunft und für ihren neuen Lebensabschnitt alles Gute.

KA Rakow dankt allen Fraktionen für die anerkennenden Worte.

Zu TOP 42 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Zu TOP 43 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 44 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Taeger schließt die öffentliche Sitzung.